

Ressort: Finanzen

CDU-Politiker für Vetorecht der Bundesbank im EZB-Rat

Berlin, 22.06.2016, 08:32 Uhr

GDN - Als Konsequenz aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Anleihenkäufen der Europäischen Zentralbank (EZB) fordert der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch mehr Kompetenzen für die Bundesbank bei geldpolitischen Entscheidungen der EZB: "Als größter Anteilseigner am EZB-Kapital braucht Deutschland endlich ein Vetorecht. Es darf nicht sein, dass die Bundesbank im EZB-Rat von Malta und Zypern überstimmt werden kann", sagte Willsch dem "Handelsblatt".

Dass es im September 2012 gegen den EZB-Beschluss für das sogenannte OMT-Anleihen-Kaufprogramm im Zentralbank-Rat genau eine Gegenstimme, die von Bundesbankpräsident Jens Weidmann, gegeben habe, sage alles, sagte Willsch weiter. "Selbst wenn man eine Rechtmäßigkeit der EZB-Geldpolitik konstruieren kann, so tut sie unserem Land nicht gut." Menschen würden dazu genötigt, ihre Bausparverträge zu kündigen. Auch die Altersvorsorge rechne sich nicht mehr. "Wer sein Geld heute auf die hohe Kante legt, wird bestraft." Daher nutze es nichts, auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu hoffen. "Dann ist die Messe in den meisten Fällen längst gelesen." Vielmehr müsse sich die Politik "endlich ihrer Verantwortung bewusst werden und darf sich nicht wegducken". Die Deutsche Mark sei einst das Vorbild für den Euro gewesen. Aus diesem Grund stehe die EZB in Frankfurt. "Heute steht die EZB in der Tradition der Banca d'Italia", kritisierte Willsch. "Und das schlimmste ist, dass unser Bundesbankpräsident zunehmend marginalisiert wird und seine Positionen als von gestern dargestellt werden." Die Karlsruher Richter hatten Beschwerden gegen das Anleihenkaufprogramm zurückgewiesen. Die EZB darf nun mit deutscher Beteiligung im Ernstfall unbegrenzt Anleihen von Euro-Krisenstaaten kaufen. Die Notenbank hatte 2012 angekündigt, verschuldete Euro-Staaten notfalls durch Ankäufe von Staatsanleihen zu stützen. Der Beschluss wurde bislang nicht umgesetzt, allein die Ankündigung beruhigte die Finanzmärkte.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-74284/cdu-politiker-fuer-vetorecht-der-bundesbank-im-ezb-rat.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com